Frankreich

HENRI MÉNUDIER

Die Begriffe Stuttgart und Athen dienten 1983 als Schlüsselworte in der französischen Debatte über die Politik der Gemeinschaft. Obschon in der Tat diese beiden Tagungen des Europäischen Rates von hoher Bedeutung für die innere Entwicklung der Gemeinschaft waren, sollte man nicht vergessen, daß auch andere Elemente die französische Position beeinflussen oder zum Ausdruck bringen. Innenpolitische Ereignisse, die Neuorientierung der Wirtschaftspolitik und außenpolitische Aktivitäten bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Europapolitik Frankreichs. Frankreich hat mit einem Memorandum über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Industrie und der Forschung neue Vorschläge unterbreitet[1]. Der frühere Planungskommissar Michel Albert verfaßte einen Bericht über Europa, der großes Echo gefunden hat[2]. Die Vorbereitungen für die Europäischen Wahlen 1984 haben begonnen, die politischen Parteien in Anspruch zu nehmen. Auch wenn man sich manchmal über die Mittel und die Zwecke eines vorherrschend liberal verfaßten Europas fragt, so verfolgt das sozialistische Frankreich dennoch die europäische Sache mit Hartnäkkigkeit, weil es weiß, daß es keine Alternative dazu gibt.

Die Schwierigkeiten der Regierung

Die 1982 gegen die sozio-ökonomische Krise in Angriff genommene Politik der Härte hat die innenpolitischen Schwierigkeiten noch verschärft. Die Linke verzeichnete empfindliche Einbußen bei den Kommunalwahlen vom 6. und 13. März 1983 und hat seither alle Nachwahlen verloren. Nie zuvor in der Geschichte der V. Republik war die Popularität eines Staatspräsidenten und seines Premierministers so gering. Trotz der Verringerung der Zahl der Minister im dritten Kabinett Pierre Mauroy, das am 22. März ernannt worden war, haben die meisten der mit Europapolitik befaßten Minister ihre Funktion behalten (Claude Cheysson, Minister für Außenbeziehungen und Jacques Delors, Minister für Wirtschaft, Finanzen und Haushalt). Der letztere konnte seine Zuständigkeiten durch die Übernahme des Haushaltsministeriums sogar noch erweitern. Der bisherige Haushaltsminister, Laurent Fabius, wurde zum Minister für Industrie und Forschung ernannt. Eine Änderung ergab sich nur für das Landwirtschaftsministerium, an dessen Spitze Edith Cresson, (die das Ministerium für Außenhandel und Gewerbe übernahm) von Michel Roccard, abgelöst wurde, der zuvor das Ministerium für Planung und Gebietsreform geleitet hat-

te. Alle diese Minister gehören dem gemäßigten Flügel der Sozialistischen Partei an.

Eine andere Veränderung erfolgte am 7. Dezember mit dem Ausscheiden von André Chandernagor, dem bisherigen, für europäische Angelegenheiten zuständigen Staatsminister beim Außenminister. Chandernagor wurde zum Präsidenten des Rechnungshofes ernannt. François Mitterrand unterstrich im Ministerrat vom 7. Dezember, daß „nur wenige Männer sich mit soviel Intelligenz und Fleiß für die Verteidigung französischer Positionen" bei den EG-Verhandlungen eingesetzt hätten. Er wurde durch den Rechtsanwalt und Abgeordneten der Dordogne, Roland Dumas, ersetzt. Dumas behält die selben Kompetenzen, die schon sein Vorgänger hatte, aber sein Titel eines Ministers für Europäische Angelegenheiten dürfte ihm die Beteiligung an der Arbeit des Ministerrates während der französischen Präsidentschaft im Europäischen Rat im ersten Halbjahr 1984 erleichtern.

Nach den Abwertungen vom Oktober 1981 (3 %) und Juni 1982 (5,5 %) mußte die Regierung Mauroy eine dritte Berichtigung der Währung im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) akzeptieren. Der Franken wurde erneut um 2,5 % abgewertet, die Deutsche Mark zugleich um 5,5 % aufgewertet. Das deutsche Entgegenkommen wurde in Frankreich als eine Geste des guten Willens der Regierung Helmut Kohl gewertet, die ihrerseits durch die sehr eindeutige Rede von Staatspräsident François Mitterrand im Deutschen Bundestag im Januar 1983 von diesem in der Nachrüstungsfrage wirkungsvolle Unterstützung erfuhr. Diese dritte Abwertung des Franc war aufgrund der zunehmenden Verschlechterung der Handels- und Zahlungsbilanz, des Anwachsens der Außenverschuldung, der internationalen Spekulationen gegen den Franc und des rapiden Rückgangs der Finanzreserven der Banque de France nicht mehr abzuwenden. In ihrem Gefolge kam es zunächst innerhalb der Regierung und dann auch in der Sozialistischen Partei zu einer ziemlich harten Auseinandersetzung zwischen den Anhängern einer protektionistischen Gangart und den Befürwortern eines Verbleibs Frankreichs in der freihändlerisch orientierten Gemeinschaft. Die proeuropäische Position setzte sich durch, denn ein endgültiger Austritt Frankreichs aus dem Europäischen Währungssystem, der Bruch mit der Gemeinschaft insgesamt und noch mehr Protektionismus wären unvereinbar gewesen mit dem festen Willen Präsident Mitterrands, die wirtschaftliche Öffnung beizubehalten und aktiv an der internationalen Politik teilzunehmen. Um als vollwertiges und gleichberechtigtes Mitglied in der Gemeinschaft bleiben zu können, wird Frankreich also nicht umhin kommen, seine Wirtschaft gründlich zu sanieren. Bisher allerdings bleibt es für die Zukunft der deutsch-französischen Zusammenarbeit – und folglich auch für die Europäische Gemeinschaft – beunruhigend, daß die Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten im Hinblick auf die französische und die deutsche Wirtschaft weiterhin zunehmen.

Auf einen ersten, im Juni 1982 verabschiedeten Härteplan folgte am 25. März 1983 ein zweiter, noch strengerer Plan. Er zielte darauf ab, den Finanzbe-

darf des Staates, den Privatgebrauch und den Binnenkonsum durch eine Politik zu reduzieren, die sich auf Solidarität und Konzertierung stützen sollte. Die Einführung der Devisenbeschränkung für 1983 entsprach dem Willen der Regierung, die Ausgaben der französischen Touristen im Ausland zu begrenzen. Diese Politik trug insofern Früchte, als das Außenhandelsdefizit, das 1981 noch 50 Mrd. FF betragen und 1982 den historischen Rekord von 93 Mrd. FF erreicht hatte, auf 45 Mrd. FF für 1983 verringert werden konnte. Die Inflationsrate blieb weiterhin hoch (14 % im Jahr 1981, 9,7 % im Jahr 1982 und 9,3 % für 1983). Das offiziell angestrebte Ziel von 8 % wurde nicht erreicht. Die internationale Verschuldung Frankreichs hat erheblich zugenommen, doch hat die Regierung durch den Hinweis auf hohe Außenstände und offizielle Reserven die Tragweite dieser Verschuldung heruntergespielt. Mittelfristig dürfte diese Verschuldung die internationale Handlungsfähigkeit Frankreichs beeinträchtigen.

Der Rückgang der Kaufkraft belastet die Wirtschaft und hält die Arbeitslosigkeit nach wie vor über der Schwelle von zwei Millionen. Wie die anderen Gemeinschaftsländer erlebt auch Frankreich eine schwere Krise auf den Gebieten Stahl, Kohle und Schiffbau. Die Krise der Autoindustrie kommt noch hinzu. Trotz dieser sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten hat sich Frankreich nicht aus dem Europäischen Währungssystem zurückgezogen, wie gelegentlich befürchtet worden war. Die Regierung hat im Gegenteil weiter auf die europäische Karte gesetzt. Die inneren Probleme haben Frankreich nicht daran gehindert, sich in drei außenpolitischen Konflikten (Tschad, Libanon und Irak) zu engagieren, was mit beträchtlichen finanziellen Lasten verbunden ist. In allen drei Krisenherden glaubt Frankreich, seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen zu müssen und die Interessen Europas zu verteidigen. Die Debatte über den Pazifismus und die amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa hat das französische Interesse an einer europäischen Verteidigung im Rahmen des Atlantischen Bündnisses wiederbelebt. Die französische Regierung ist deshalb als erstes daran gegangen, die militärische Zusammenarbeit, wie sie schon im deutsch-französischen Vertrag von 1963 vorgesehen ist, wieder aufzugreifen und mit Bonn den Dialog über eine gemeinsame Verteidigungsstrategie der beiden Länder und die Suche nach neuen Möglichkeiten einer engeren Kooperation im Rüstungsbereich voranzutreiben. Die Überlegungen in dieser Richtung seit 1981 aufgreifend, unterstreicht die Regierung insbesondere die Notwendigkeit einer besseren Harmonisierung der europäischen Positionen im Atlantischen Bündnis. Sie besteht vor allem auf einer Reaktivierung der Westeuropäischen Union, die – nach der Aufhebung einiger der Bundesrepublik vertraglich auferlegter Beschränkungen – der gegenseitigen Information sowie der Konzentrierung und Angleichung der Standpunkte ihrer Mitgliedstaaten dienen soll. Paris plädiert für eine beschleunigte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der konventionellen Bewaffnung und betont dabei deutlich, daß die französische Force de Frappe (die atomaren Verbände) die Bürde der Sicherung Europas nicht allein auf sich nehmen kann.

Stuttgart, Athen und der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg

Für die öffentliche Meinung Frankreichs haben die Sitzungen des Europäischen Rates in Stuttgart und Athen Möglichkeiten und Grenzen der Europäischen Gemeinschaft in einer krisenerschütterten Welt eindringlich verdeutlicht. Die feierliche Erklärung von Stuttgart[3] (19. Juni 1983) zum Genscher-Colombo-Plan hat in Paris nur wenig Begeisterung geweckt, wie der damalige mit europäischen Fragen befaßte Minister André Chandernagor am 8. November vor der Nationalversammlung darlegte: „Ich muß sagen, daß wir hinsichtlich dieses Unterfangens zu keiner Zeit große Illusionen gehegt hatten. Der Versuch, Europa vom Dach her zu schaffen, war stets ein schlechtes Manöver. . . Unserer Meinung nach müssen Institutionen die Krönung eines Gebäudes sein . . . Aber urplötzlich eine Unionsformel ins Auge zu fassen, mit den Geistesblitzen dieses oder jenes Doktrinärs ausgerüstet, das ist, wie ich glaube, nicht die gute Art, Europa zu schaffen"[4].

Die anderen Themen des Europäischen Rates in Stuttgart gaben keinen Anlaß zu ähnlicher Kritik, denn das Treffen war von der deutschen Diplomatie sorgfältig vorbereitet worden. Dennoch fühlte sich auch Frankreich in einer schwierigen Position. Die britische Forderung, den Beitrag Großbritanniens zum Gemeinschaftshaushalt zu reduzieren, konnte nicht als schlichte Formsache verhandelt werden. Paris konnte auch nicht umhin, zuzugeben, daß eine sparsamere Gemeinsame Agrarpolitik unerläßlich ist und dazu auch gewisse französische Opfer erforderlich sind. Frankreichs Interesse lag vor allem darin, mit falsch konzipierten Gemeinschaftspolitiken (Regionalpolitik und Sozialpolitik) Schluß zu machen, die sich darauf beschränken, Finanzmittel in die ärmsten Länder der Gemeinschaft zu transferieren. Es verlangt stattdessen eine wirklich wirkungsvolle industrielle und technologische Zusammenarbeit. Außerdem war es sich darüber im klaren, daß es selbst wenn es die Beitrittsgesuche Spaniens und Portugals mit aller Vorsicht behandelt, den Zorn der Landwirte im Südwesten Frankreichs provozierte.

Während des Europäischen Rates in Stuttgart wurden die inneren Probleme der Gemeinschaft mit aller Deutlichkeit herausgestellt. Der Stuttgarter Gipfel wurde von der Währungskrise, der Entwicklung der Agrarmärkte, den britischen Forderungen und der Perspektive einer erneuten Erweiterung bestimmt[5]. Die Regierungen der Mitgliedstaaten hatten ohne Zweifel nicht genug Zeit, um im Detail geeignete Lösungen für die anstehenden Probleme vorzubereiten. Dagegen zeichnete sich der Rat in Athen vor allem durch den Mangel an politischem Mut aus. Dabei hatten die Franzosen ihre Gesten des guten Willens vervielfacht. Sie waren bereit, unter bestimmten Bedingungen eine Höchstgrenze für Milcherzeugung und sparsamere Rahmenbedingungen für die Gemeinsame Agrarpolitik zu akzeptieren[6]. Umgekehrt fanden sie nur wenig Entgegenkommen in den Fragen, die ihnen besonders am Herzen liegen, vor allem im Hinblick auf eine Abschaffung der Währungsausgleichsbeträge, die den Warenaustausch stören.

Nach Ansicht der Franzosen ist das Scheitern des Europäischen Rates in Athen zum Teil der Kompliziertheit der Sachprobleme zuzuschreiben, in erster Linie aber der Unbeugsamkeit von Margaret Thatcher in der Frage des britischen Finanzbeitrags. Die französische Delegation verheimlichte auch nicht ihre Irritation durch den deutschen Partner, der nach der Dynamik und der Effizienz in Stuttgart in Athen eine schwache, wenn nicht gar negative Rolle spielte. Wieder einmal konnte man feststellen, daß eine schlechte deutsch-französische Koordinierung zu Lasten Europas geht. François Mitterrand vermag an eine Selbstzerstörung Europas nicht zu glauben und bemühte sich deshalb, das Scheitern in Athen zu entdramatisieren, als er am 7. Dezember vor dem Ministerrat in Paris erklärte: „Gewissenserforschung und kluge Vorhersicht sind stets von Vorteil. Die Probleme liegen jetzt auf dem Tisch. Es kommt nun ganz entscheidend auf den politischen Willen an. Man will etwas oder man will es nicht. Auch Krisen können nützlich sein. Beherrscht man die Krise, dann ist ein Fortschritt möglich. Frankreich wird während seiner bevorstehenden Präsidentschaft alles Erdenkliche tun, daß dieser Fortschritt sichtbar wird, daß die Krise gewissenhaft und klarsichtig beherrscht wird"[7].

Frankreich mußte also Anfang 1984 fünf komplexe Vorgänge in seine Ratspräsidentschaft übernehmen: die Bereinigung der Gemeinsamen Agrarpolitik, die Überprüfung der Strukturfonds zwecks Erhöhung ihrer Effizienz, die Eigeneinnahmen und ihre eventuelle Aufstockung, die Finanzanteile Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland und die Frage der Erweiterung. François Mitterrand möchte um jeden Preis einen Zerfall der Gemeinschaft, der unabsehbare Folgen für die Mitgliedstaaten nach sich ziehen müßte, vermeiden und hat sich deshalb im Dezember drei Hauptziele gesetzt: die seit Athen anstehenden Probleme zu regeln, die Bedingungen für den Beitritt Spaniens und Portugals zur Gemeinschaft zu präzisieren, Europa eine einheitlichere Stimme im internationalen Konzert zu geben.

Aber ist dieses Europa, das so mühsam geschaffen werden muß, überhaupt das Europa der Sozialisten? Die von André Chandernagor am 8. November vor der Nationalversammlung gezogene Bilanz ist nicht sehr ermutigend: „Schritt um Schritt droht die europäische Konstruktion, die sich ursprünglich auf den pragmatischen und voluntaristischen Begriff gemeinsamer Politiken gründete, abzudriften, und zwar infolge eines Wirtschaftsliberalismus, der allzu oft von den meisten der in den Mitgliedstaaten amtierenden Regierungen zum Dogma erhoben wird, zu einem Dogma, das übrigens meistens nur als Schirm für kurzsichtige nationale Interessen dient. Diese Konstruktion ohnegleichen läuft Gefahr, zu einer einfachen Freihandelszone ohne Grenzen, ohne gemeinsame neue Politiken degradiert zu werden, in der die Unausgewogenheiten unter den Partnern nur noch durch finanzielle Transferleistungen ohne wirkliche Effizienz korrigiert werden. Die Infragestellung der einzigen Politik, die wirklich integriert ist, nämlich die Gemeinsame Agrarpolitik, seitens einiger unserer Partner – und keineswegs der geringsten – liegt genau auf der Linie dieses ge-

fährlichen Abdriftens, ein für Europa tödliches Abdriften, weil es langsam, aber sicher seinen Zusammenhalt und seine Identität aufhebt"[8].

Im Beziehungsgeflecht zwischen Frankreich und seinen europäischen Partnern hat die deutsch-französische Zusammenarbeit ihre privilegierte Stellung erhalten, wie der Glanz des 20. Jahrestages des deutsch-französischen Kooperationsvertrags, die beiden deutsch-französischen Gipfeltreffen und das ‚informelle' Treffen zwischen François Mitterrand und Helmut Kohl im Juli in den Vogesen beweisen. Im Jahr 1983 wurden auch Anzeichen für eine verstärkte Zusammenarbeit mit Italien sichtbar, um den europäischen Ausgleich in Richtung Süden zu verbessern. Seit 1972 gab es jährliche Gipfeltreffen zwischen den führenden Politikern in Paris und Rom. Im Februar 1983 beschlossen die beiden Regierungen, jährlich zwei Gipfel zu organisieren. Auch die Beziehungen zu den beitrittswilligen Staaten wurden erheblich verbessert. Außerhalb der offiziellen Begegnungen wurde es durch Arbeitskonferenzen mit französischen und spanischen Ministern möglich, die Auffassungen hinsichtlich Europa und des Baskenlandes einander anzunähern. Allerdings hat Frankreich seine Haltung gegenüber den beiden Beitrittskandidaten nicht geändert: Erst muß die Gemeinschaft ihre inneren Probleme regeln, ehe sie Spanien und Portugal aufnehmen kann. Eines der positiven Ergebnisse des Europäischen Rates in Stuttgart war gerade die auf Wunsch Frankreichs vorgenommene Verknüpfung von Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft.

Nach französischer Auffassung hat der Gipfel der westlichen Industriestaaten in Williamsburg im Mai 1983 kaum zur Regelung der europäischen Gemeinschaftsprobleme beigetragen, weil diese Länder nach wie vor in währungs- und wirtschaftspolitischen Fragen geteilter Meinung sind. François Mitterrand hat erneut hervorgehoben, daß es nicht normal sei, wenn das amerikanische Haushaltsdefizit von den Europäern bezahlt werde und der Dollarkurs Höhen erreiche, die den Welthandel destabilisieren. Der Vorschlag des französischen Präsidenten vom 9. Mai 1983 vor der OECD in Paris, eine neue internationale Währungskonferenz zu organisieren, hat seitens der Partner Frankreichs in der Gemeinschaft nur geringes Interesse gefunden.

Ein neues französisches Memorandum

Nachdem die französische Regierung 1981 ein allgemeines Memorandum zur Wiederbelebung Europas vorgelegt hatte, veröffentlichte sie am 13. September 1983 ein zweites Memorandum mit dem Titel „Eine neue Etappe in Europa, ein Gemeinschaftsraum für Industrie und Forschung"[9]. Der Text geht von einer doppelten Diagnose aus: Europa ist im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan durch seinen technologischen und industriellen Rückstand erheblich gefährdet, die Zersplitterung des Industrieraums erweist sich für Europa als schweres Handikap. Die Schaffung eines wissenschaftlichen und industriellen Europas ist ein dringendes Erfordernis. Um dies zu erreichen, schlägt Paris sechs Kernmaßnahmen vor:

- Der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung soll ein neuer Impuls gegeben werden. Ein höherer Anteil des Gemeinschaftshaushalts (zur Zeit 2,5 %) soll für Forschung bereitgestellt werden. Die jüngsten Vorschläge der Kommission in Hinblick auf das ESPRIT-Programm werden positiv beurteilt (anteilige Finanzierung gemeinsamer Forschung der Industrien mehrerer Länder auf dem Gebiet der Informationstechnik durch die Gemeinschaft). Die zweite Phase dieses Programms und das Programm Forschung und Entwicklung (F & E) für 1984–1987 sollen von den Zehn bald verabschiedet werden. Frankreich setzt sich mit aller Macht für die Ingangsetzung eines fortschrittlichen Programms „großer gemeinsamer F & E-Projekte" ein. Um die Absicht zu illustrieren, gemeinsame Anstrengungen durch einige spektakuläre Vorhaben zu konkretisieren, unterstützt Frankreich beispielsweise den Brüsseler Vorschlag, ein europäisches Laboratorium für Biotechnik einzurichten. Diese Bekundung verdient umso höhere Aufmerksamkeit, als Frankreich seit dem Euratom-Debakel jeder neuen Initiative in Richtung solidarischen Handelns meistens mit Mißtrauen begegnet war.
- Europäische Waren-Normen sollen definiert und die öffentlichen Märkte zugänglicher gemacht werden. Nach dem Memorandum kommt es entscheidend darauf an, daß für neue Produkte, die eines großen Marktes bedürfen, systematisch europäische Normen festgelegt werden. Ein Europäisches Normenbüro soll gegründet werden. Die schrittweise Öffnung der öffentlichen Märkte wird als Voraussetzung industrieller Effizienz angesehen.
- Die gemeinsame Handelspolitik soll in den Dienst der europäischen Industrieentwicklung gestellt werden. Nach dem Beispiel der Vereinigten Staaten und Japans ist es erforderlich, die Gemeinschaftsindustrien besser zu schützen. Eine wirksame, wenn auch zeitlich begrenzte Erhöhung der Zolltarife sollte dann beschlossen werden, wenn dadurch der Aufbau einer europäischen Industrie nachhaltig gefördert werden kann.
- Absprachen und Kooperation zwischen europäischen Firmen sollen begünstigt werden. Mit Bedauern hebt das Memorandum hervor, daß „zwanzig Jahre nach dem Vertrag von Rom sich noch keine transnationale europäische Industriegruppe formiert hat". Manche europäische Unternehmen gäben der Kooperation mit Amerikanern oder Japanern den Vorzug. Um diese Tendenz umzukehren, sollte die Gemeinschaft ein günstigeres, mit höheren Anreizen ausgestattetes Klima für solche Kooperationen schaffen. In dieser Hinsicht hat Frankreich in der Vergangenheit nicht immer ein gutes Beispiel gegeben. So hat Paris unter anderen das Projekt UNIDATA (in dem Siemens, Philips und CII zusammenarbeiten wollten) zu Fall gebracht. Nach dem Fehlschlag einer Fusion Grundig-Thomson und der Zusammenarbeit mit Philips, die damit verknüpft gewesen wäre, möchte die französische Regierung jetzt einige konkrete Operationen zustandebringen, die für Europa Symbolcharakter haben könnten. Die Erinnerung an die Fehlschläge belastet erheblich die künftigen Orientierungen. Unter Hinweis auf die

Affaire Grundig-Thomson und den negativen Bescheid des Bundeskartellamtes fordert das französische Memorandum, künftig ekzessive Konzentrationsrisiken unter dem Gesichtspunkt „des Wirtschaftsraums, den die Gemeinschaft darstellt, und nicht des Rahmens des einzelnen Staates" zu betrachten.

- Die Interventionsmöglichkeiten der Gemeinschaft sollen erweitert werden. Der französische Text begrüßt die Gemeinschaftsanleihen, die in unterschiedlicher Weise und nicht immer zu hohen Kosten eine Finanzierung technologischer Investitionen erlauben. Es wird der Vorschlag ventiliert, spezialisierte europäische Agenturen ins Auge zu fassen und zwar vor allem, „falls bestimmte Mitglieder der Gemeinschaft, nachdem sie einer Maßnahme auf einem bestimmten Gebiet zugestimmt haben, ihre Beteiligung nicht für erforderlich halten".
- Europäische Infrastrukturprobleme sollen in Angriff genommen werden, die den Austausch zwischen einzelnen Unternehmen und deren praktische Zusammenarbeit fördern. Es werden einige Beispiele genannt: der Tunnel unter dem Ärmelkanal, europäische Hochgeschwindigkeitszüge, intereuropäische Kommunikation auf Basis der Glasfasertechnik, Vernetzung der Geschäftsbanken, Verknüpfung der Energieträger.

Als Antwort auf die Herausforderung der dritten technologischen Revolution möchte Frankreich ohne jede weitere Verzögerung ein Europa der Industrie und Forschung bauen, das aus französischer Sicht allein der amerikanischen und japanischen Konkurrenz begegnen kann. Die Schlußfolgerungen des Memorandums sind beeindruckend: „Die Plazierung der großen Zukunftsindustrien ins Herz der europäischen Solidarität ist ein ehrgeiziges Ziel. Tatsächlich gibt es keinen anderen Weg zur Konsolidierung Europas, als die Gemeinschaft in die Lage zu versetzen, die Gestaltung unserer Zukunft zu beeinflussen und unseren künftigen Tätigkeiten eine gemeinschaftliche Dimension zu geben. Wie dürfte das Urteil kommender Generationen ausfallen, wenn sie feststellen sollten, daß Europa in einem der entscheidensten Augenblicke seiner Geschichte nichts anderes zu tun hatte, als sich in Budgetkontroversen und die Frage der Organisation einer ‚gerechten Rückerstattung' nationaler Finanzbeiträge zu verstricken? Die während des Stuttgarter Gipfels angekündigten neuen Politiken zeigen die Richtung auf, die eingeschlagen werden muß, damit die Gemeinschaft sich entschlossen auf den Weg des Fortschritts begibt." Wird dieser Appell Gehör finden oder wird er auf dem Friedhof landen, auf dem schon so viele gute europäische Absichten ruhen? Die französischen Minister werden noch viel Überredungskünste aufbieten müssen, um ihre zögernden europäischen Kollegen zu überzeugen.

Der Bericht von Michel Albert

Der Bericht über die Lage der Europäischen Gemeinschaft, den der ehemalige französische Planungskommissar Michel Albert im Auftrag des Europäischen

Parlaments erstellt hat, stieß auf große Resonanz[10]. Der Bericht weist nach, daß die europäische Wirtschaft trotz anscheinender Prosperität von einer Art Krebs befallen ist, den es dringend zu bekämpfen gilt. Europa ist äußerst verwundbar. Der Bericht kommt im wesentlichen zu folgenden Schlußfolgerungen:

- Europa ist sehr viel krisenempfindlicher als andere industrialisierte Länder. 1974 bis 1980 gingen drei Millionen Arbeitsplätze verloren, während im gleichen Zeitraum in den Vereinigten Staaten fünfzehn Millionen Arbeitsplätze geschaffen wurden.
- Das europäische Sozial- und Wirtschaftssystem, das sich auf staatliche Vorsorge stützt, bedarf mehr als andere Staaten wirtschaftlichen Wachstums.
- Die Länder Europas haben dem Konsum den Vorrang gegeben und damit die Zukunft der Gegenwart geopfert. Den Einkommenssteigerungen wurde der Vorzug gegenüber den Investitionen eingeräumt. Das Ergebnis ist eine Entindustrialisierung und Aufblähung der öffentlichen Ausgaben.
- Die Krise hat die Mitgliedsländer der Gemeinschaft gespalten. Es ist ihnen nicht gelungen, gemeinsame Investitionen vorzunehmen und sich auf ein gemeinsames Energieprogramm zu verständigen. Die nationalen Wirtschaftspolitiken sind zum Scheitern verurteilt.

Im zweiten Teil des Berichts erörtert Michel Albert seine Vorschläge. Eine Stabilisierung der Wechselkurse ist für ihn die Voraussetzung jedes Wachstums. Das EWS soll verstärkt werden, Großbritannien muß ihm beitreten. Staatliche Investitionen müssen sich produktionsintensiv orientieren. Die Europäer dürfen nur so viel konsumieren, wie sie produzieren. Der Binnenmarkt muß verbessert werden. Die Inflationsrate muß auf 5 % zurückgedrückt werden. Die Haushaltsdefizite müssen verringert werden. Das vorzeitige Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß soll begünstigt werden. Neue Unternehmen müssen gegründet werden.

Zur Erhöhung von Investitionen, Wachstum und Beschäftigung denkt Michel Albert an eine Erdölsteuer. Zugleich müsse ein europäischer Wirtschaftsraum für Industrie und Forschung entstehen. Ein europäischer Marshallplan für die Länder der Dritten Welt sei notwendig. Und schließlich müsse die Arbeitsflexibilität, vor allem mit Blick auf die Arbeitszeit, verbessert werden.

Die Europäischen Wahlen

Die Lektüre des französischen Memorandums und des Berichts von Michel Albert ist interessanter als die Beobachtung der ersten Parteimanöver im Hinblick auf die europäischen Wahlen 1984. Unmittelbar nach den Kommunalwahlen im März wurde die Debatte über die Europawahlen in Gang gesetzt. Auf Seiten der Opposition reduzierte sich die Diskussion auf die Frage, ob Gaullisten, Giscardianer und Zentristen sich auf zwei getrennten Listen oder auf einer gemeinsamen Liste zur Wahl stellen sollen. Jede Debatte über Inhalte wurde beiseitegeschoben. Jean Lecanuet, Präsident der Union pour la Démocratie Fran-

çaise (UDF), erinnerte sich an die guten Ergebnisse von 1979 und sprach sich deshalb für zwei getrennte Listen aus. Jacques Chirac dagegen, Präsident des Rassemblement pour la République (RPR), bekehrte sich überraschend zum Europäer und plädierte im Unterschied zu 1979 für eine Einheitsliste mit Simone Veil als Spitzenkandidatin.

Die Linke hatte es bei der Vorbereitung der europäischen Wahlen sehr viel weniger eilig. Unter dem Vorwand der durch den Fehlschlag von Athen veränderten Lage beschloß die Sozialistische Partei am 21. Dezember, den Zusammentritt des Nationalkonvents über Europa, der ursprünglich für den 21. Januar 1984 geplant war, zu verschieben. In der Debatte über den Spitzenkandidaten entschieden sich die Sozialisten für den ersten Parteisekretär Lionel Jospin. Was die Kommunistische Partei anbelangt, so weist deren Entscheidung für Georges Marchais als Spitzenkandidat darauf hin, daß die Debatte über die Nachfolge des Generalsekretärs der KPF nach den hohen Wahlniederlagen seit 1981 noch nicht eröffnet ist. Am 1. Oktober 1983 jedenfalls hat Claude Labbé, der Chef der RPR-Fraktion in der Nationalversammlung, den Tenor des Wahlkampfes mit der Erklärung angegeben: „Mit der Stimmabgabe für die Schaffung Europas wird für einen Wechsel in Frankreich gestimmt".

Anmerkungen

1 Abgedruckt in Europa-Archiv, Bonn 1983, Folge 24, S. 695–701.
2 Wege für einen dauerhaften Aufschwung der Europäischen Wirtschaft in den achtziger Jahren, Bericht für das Europäische Parlament von M. Albert u. R.J. Ball, Arbeitsdokument Europäisches Parlament 1983–1984 v. 31.8.1983, 119 S.
3 Abgedruckt als Dokument Nr. 6 in diesem Band.
4 Assemblée Nationale, Paris, 3^{0} séance du 8 Novembre 1983, S. 5029.
5 Schlußfolgerungen des Stuttgarter Gipfels, abgedruckt als Dokument Nr. 4 in diesem Band.
6 Siehe ergänzend dazu den Beitrag ‚Der Europäische Rat' in diesem Band.
7 Le Monde v. 8.12.1983.
8 Assemblée Nationale, 3^{0} séance du 8 Novembre 1983, S. 5018.
9 Abgedruckt in Europa-Archiv, Bonn 1983, Folge 24, S. D 695–701.
10 Wege für einen . . ., a.a.O.; inzwischen auch als Buch erschienen: Un pari pour l'Europe, Paris: Édition du Seuil 1983.

Weiterführende Literatur

Albert, Michel, Un pari pour l'Europe, Paris: Seuil 1983, 190 S.

Baronin, Daniel u. Partrick Frachetond, Les PME en Europe et leur contribution à l'emploi, Paris: La Documentation Française 1983, 144 S.

Boulois, Jean u. Roger-Michel Chevalier, Grands arrêts de la Cour de justice des Communautés Européennes, 2 Bde., Paris: Dalloz 1983, 510 u. 462 S.

Europe 1985. Mutation technologique et enjeux sociaux, Rapport FAST, Commission des Communautés Européennes, Paris: Futuribles 1983, 240 S.

Les finances publiques de l'Europe, in: Revue française de finances publiques, Librairie gé-

nérale de droit et de jurisprudence, Paris 1983, Nr. 4, S. 242ff.

Gerbet, Pierre, La construction de l'Europe, Paris: Imprimerie Nationale 1983, 500 S.

Moreau-Defarges, Philippe, L'Europe et son identité dans le monde, Paris: Éditions I.S.T.H. 1983, 309 S.

Philippe, Christan, La Cour de justice des Communautés Européennes, Paris: P.U.F. 1983, 128 S.

Stoetzel, Jean, Les valeurs du temps présent, une enquête, Paris: P.U.F. 1983, 312 S.

Tatu, Michel, La bataille des euromissiles, Paris: Seuil 1983, 124 S.

Vallée, Charles, Le droit des Communautés Européennes, Paris: P.U.F. 1983, 128 S.